

Entwurf
Münchner Charta/Leitlinie zum Bürgerschaftlichen Engagement
zur Veranstaltung des Sozialpolitischen Diskurses und des Forum BE am 11. Mai 2007

Einführung:

Bürgergesellschaft heißt gesellschaftliche Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger. Oder präziser: demokratische, gesellschaftliche Selbstorganisation, unabhängig vom Staat und außerhalb des Marktes. Bürgergesellschaft ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Dieser kann durch bestimmte Rahmenbedingungen erleichtert und gefördert werden.

Ziel ist es, eine Münchner Charta/Leitlinie zur Bürgergesellschaft mit einem Katalog konkreter Empfehlungen zu erarbeiten und dem Münchner Stadtrat als Antrag zu präsentieren.

In München bestehende Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement müssen weiter entwickelt und weiter geöffnet werden. Förderstrukturen müssen nachhaltig und überprüfbar festgeschrieben werden. Es ist notwendig, individuelle Gestaltungsfreiräume zu sichern und soziale Ressourcen besonders dort zu fördern, wo sich aktuell und zukünftig besondere Problemlagen zeigen. Die Vielfalt des Bürgerschaftlichen Engagements muss in den Förderungsmodalitäten der Landeshauptstadt zum Ausdruck kommen.

Die Münchner Charta/Leitlinie stellt eine gemeinsame Basis dar und verpflichtet sowohl die Vertreterinnen und Vertreter von Politik als auch Verbände und Wirtschaft. Sie dient der Orientierung und Ausrichtung der fachlichen und inhaltlichen Arbeit im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements und zur Orientierung für alle Bürgerinnen und Bürger.

Eine zukunftsorientierte neue Kultur des Bürgerschaftlichen Engagements benötigt eine weitere Öffnung struktureller Rahmenbedingungen sowie ein Umdenken etablierter Akteure. Damit Partizipation als Bereicherung kommunaler Politik verstanden werden kann, sind Lernbereitschaft und Flexibilität aller Akteure sowie das Akzeptieren veränderter Strukturen Voraussetzung.

Charta/Leitlinie zur BürgerInnengesellschaft

Präambel: München, Stadt der Bürgerinnen und Bürger

München als aktive Stadtgesellschaft setzt auf das Engagement und die Mitgestaltung interessierter und tatkräftiger Bürgerinnen und Bürger.

Kennzeichnend für die Münchner Stadtgesellschaft ist ein kooperatives Zusammenwirken aller Akteure: Bürgerinnen und Bürger, Politik, Wirtschaft, Verbände, Verwaltung, sowie Initiativen tragen zum Gelingen bei.

Bürgerschaftliches Engagement ist dabei eine Aufgabe aller Mitglieder der Münchner Stadtgesellschaft, unabhängig von Herkunft und sozialer Stellung, und entbindet weder die Gesellschaft noch den Staat oder die Kirchen von ihrer politischen Verantwortung. Es eröffnet kreative und gemeinschaftliche Lösungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durch die Verbindung von Eigeninitiative und sozialer Verantwortung und wird getragen von den Werten Solidarität, Gemeinsinn, Partizipation, Toleranz sowie gegenseitigem Respekt.

Engagementunterstützung als wichtiger Politik- und Verantwortungsbereich der Kommune muss alle Bereiche und Organisationsformen einbeziehen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger freiwillig engagieren. Bürgerschaftliches, freiwilliges Engagement ist als Standortfaktor ein wesentlicher Beitrag zur "Weltstadt mit Herz".

Freiwilliges Engagement bedeutet Verantwortungsübernahme und Gemeinschaftsbildung der Bürgerinnen und Bürger

Viele Münchnerinnen und Münchner engagieren sich bereits heute. Unter den Bedingungen einer sich aktuell stark verändernden Stadtgesellschaft ist es jedoch erforderlich, bisher noch ungenutzte Poten-

tiale und Ressourcen des freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements auf zukunftsorientierten, neuen, auch unkonventionellen Wegen weiter zu aktivieren und zu fördern.

Bürgerschaftliches Engagement ist vielgestaltig und umfasst Freiwilligenarbeit, Ehrenamtliches Engagement, Selbsthilfe, Bürgerinitiativen, Tauschbörsen, Freiwilligen Dienste, selbst organisierte Projekte und Initiativen, Bürgerstiftungen, Nachbarschaftshilfen sowie Corporate Citizenship.

Im Gemeinwesen erleben Bürgerinnen und Bürger denjenigen Teil ihres Engagements, bei dem es unmittelbar um den Alltag, um Kontakte, Spaß, Kommunikationserfolg oder auch um Organisationsnöte geht. Sie brauchen auf der lokalen Ebene deshalb offene, niedrigschwellige, an ihrer Lebenswelt orientierte Formen des Miteinanders im freiwilligen Engagement.

Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen (Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten) engagieren sich in unterschiedlichsten Handlungsfeldern wie Sport, Kultur, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Umwelt, Soziales, schulische und außerschulische Bildung, Kindergärten, Freizeit und Region.

Ein neues Verständnis einer demokratischen Stadtgesellschaft in München entwickeln

Wichtige Herausforderungen der Münchner Stadtpolitik sind die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Generationengerechtigkeit durch demographischen Wandel, Integration unterschiedlicher Kulturen, Neuverteilung und Bewertung von Erwerbs- und Familienarbeit sowie die Notwendigkeit der Konsolidierung des städtischen Haushalts. Diese Anforderungen sind weder politisch noch mit Instrumenten des Marktes alleine zu bewältigen. Zur Lösung dieser und künftig sich stellender Problemlagen ist es notwendig, ein neues Verständnis einer bürgerschaftlichen Stadtgesellschaft in München (Zivilgesellschaft) zu entwickeln.

Die verschiedenen Akteure der Stadt München müssen ihre jeweils unterschiedlichen spezifischen Leistungsfähigkeiten und -grenzen auf der Grundlage aktueller Problemlagen neu ausbalancieren, damit auch zukünftig das volkswirtschaftliche und sozialpolitische Potential der Bürgergesellschaft zum Tragen kommen kann und soziale Ressourcen als ökonomischer Faktor wirksam werden können.

Bürgerengagement ist ein Standortfaktor für München

Bürgerschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer solidarischen Stadtgesellschaft und muss als Werte schöpfende gesellschaftliche Kraft wahrgenommen, gefördert und anerkannt werden. Die sozialen Ressourcen einer Zivilgesellschaft ergänzen die repräsentative Demokratie und müssen von außen politisch gestärkt werden. Hierfür müssen neue, innovative Konzepte, Regulierungsmechanismen und Rahmenbedingungen der Kooperation aller Akteure konzipiert werden. Nicht zuletzt ist das bürgerschaftliche Engagement aber auch eine unbezahlbare, wertvolle Ressource. Mit ihrem Engagement und der Übernahme von Mitverantwortung entlasten die Bürgerinnen und Bürger die Stadt in materiell nicht bezifferbarer Größenordnung.

Engagementförderung bezieht alle Engagementbereiche und Altersgruppen ein

Die Aktivierung des Engagementpotenzials kann erreicht werden durch Ausweitung der Engagementförderung auf alle Altersgruppen und alle Bereiche des Freiwilligensektors, durch die Erleichterung des Erst- und Wiedereinstiegs in eine freiwillige Tätigkeit oder zur Selbsthilfe, durch Unterstützung des Wechsels von Freiwilligen, die sich anderweitig engagieren wollen, durch die Zusammenarbeit mit Gruppen, Vereinen, Verbänden und Einrichtungen bei der gezielten Ansprache und Einbeziehung neuer Freiwilliger, durch die Schaffung und Pflege eines freundlichen Klimas für freiwilliges Engagement, Bürgerengagement und Selbsthilfe. Der Verbesserung der sozialen Teilhabechancen und der Aktivierung von Selbsthilfepotentialen aller Bevölkerungsgruppen in der Stadt kommen bei der Engagementförderung besondere Aufmerksamkeit zu, wenn sich das Konzept der Entwicklung einer solidarischen Stadtgesellschaft nicht auf die bisher schon Aktiven und bestimmte Bevölkerungsschichten beschränken soll.

Leitbild der sozialen Gerechtigkeit in der Stadt umsetzen

Solidarität kann sich auf Dauer nur in einer Gesellschaft entwickeln, die im Großen und Ganzen als gerecht erlebt wird. Engagementförderung muss sich daher auch am Leitbild der sozialen Gerechtigkeit orientieren.

Hierzu gehört es, über neue Formen der besseren Vereinbarkeit von bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit nachzudenken. Das Verhältnis von bezahlter Erwerbstätigkeit auf der einen Seite und von bisher unentgeltlich geleisteter, aber gesellschaftlich mindestens ebenso wertvoller Nicht-Erwerbsarbeit in Familien oder sozialen Einrichtungen auf der anderen Seite muss grundsätzlich neu bewertet werden. Auch hier werden Veränderungen nicht in Form von Einheitslösungen für alle, sondern in einer Vielzahl unterschiedlicher und flexibel an die jeweilige Situation angepasster Formen zu entwickeln sein.

Beteiligung praktizieren

Wer von Bürgerinnen und Bürgern verantwortliches Handeln erwartet, muss ihnen auch Verantwortung übertragen und sie wirksam an allen wichtigen politischen Entscheidungen beteiligen. Menschen können Verantwortungsbewusstsein nur dann entwickeln, wenn sie auch Gelegenheit haben, Verantwortung auszuüben. In den letzten Jahren sind gerade im kommunalen Bereich eine Reihe von neuen Wegen zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungsprozessen erprobt worden. Allen gemeinsam ist, dass sie sich nicht als formaler Akt, sondern als kommunikativer Prozess definieren. Diese Prozesse gilt es weiter zu entwickeln. Neben der Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen können diese demokratischen Prozesse ganz wesentlich dazu beitragen, dass sich Münchner Bürgerinnen und Bürger mit Fragen ihres Gemeinwesens befassen, sich vernetzen und gemeinsam aktiv werden ("Empowerment").

Netzwerke bilden und unterstützen

Für den Zusammenhalt der Münchner Stadtgesellschaft sind lebendige zivilgesellschaftliche Netzwerke – unabhängig von ihrer inhaltlichen Zielsetzung – von größter Bedeutung. Sie schaffen Gelegenheiten für Begegnung und Kommunikation, ermöglichen soziales Lernen und die Entwicklung persönlicher Kompetenzen, vermitteln soziale Werte, machen den Zusammenhang zwischen eigenem Verhalten und dessen Auswirkungen sichtbar und fördern als situative Gemeinschaften Solidarität und das Bewusstsein, füreinander verantwortlich zu sein.

Zugleich sind zivilgesellschaftliche Netzwerke als unkonventionelle Anstoßgeber und als Korrekturinstanzen bei Fehlentwicklungen von Markt und Staat unverzichtbar. Es waren häufig Bürgerinitiativen, die Umweltthemen und aktuelle, brisante Fragestellungen an die Öffentlichkeit und auf die Tagesordnung von Politik und Gesellschaft gebracht haben.

Ein kommunaler Beirat macht freiwilliges Engagement zum Thema und stößt Vernetzungen an

Kommunale Beiräte oder Kuratorien, die sich für die Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe einsetzen, sollten den Entwicklungsprozess beratend begleiten, Vernetzungsaktivitäten anstoßen, Clearingfunktionen übernehmen und hilfreich für Leitbilddiskussionen ein. In solchen Gremien sollten alle Akteure vertreten sein, die in der Kommune für die Unterstützung des freiwilligen Engagements eintreten können: Politik, Verwaltung, Gruppen, Vereine, Verbände, Initiativen, Kirchen und Wirtschaftsunternehmen. Besonders die Einbindung von Wirtschaftsunternehmen in kommunale Strategien zur Förderung des freiwilligen Engagements wird zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen ("public private partnership").

Rahmenbedingungen für das aktive Mitwirken der Münchner Bürgerinnen und Bürger verbessern

Es sollen Bedingungen geschaffen werden, damit immer mehr Münchnerinnen und Münchner Lust auf freiwilliges Engagement bekommen und diese Chance zur Mitgestaltung und Mitverantwortung einer sozialen Stadt ergreifen.

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement lebt von den Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen der Engagierten und benötigt Gestaltungsfreiräume. Bürgerschaftliches Engagement erfolgt in Eigenregie (frei gewähltes Arbeitsfeld, selbst bestimmter Zeiteinsatz, individuelle Ausgestaltung der Arbeit), zur persönlichen emotionalen Befriedigung im eigenen Lebensumfeld und gleichermaßen als zielgerichteter Einsatz für das Gemeinwesen.

Bildung

Die Teilhabe von Menschen an der Münchner Stadtgesellschaft wird gesichert durch Chancen auf Bildung. Die gezielte Förderung von Bildung im Sinne von Kompetenz-Erwerb im Rahmen des freiwilligen Engagements ist ebenso Grundvoraussetzung für gesellschaftliche und politische Teilhabe wie

eine verlässlich etablierte Anerkennungskultur. Die unterschiedlichen Bereiche des freiwilligen Engagements benötigen neben allgemein gültigen Rahmenbedingungen auch eine an die jeweiligen Arbeitsfelder angepasste spezifische Strukturförderung.

Zukunftsszenarien und Visionen für die BürgerInnenstadt München entwickeln

Es sind unterschiedliche Szenarien künftiger Entwicklungen lokaler BürgerInnengesellschaft zu erarbeiten und zu diskutieren. Praktische Handlungskonsequenzen, die sich daraus für lokale Engagementförderung ergeben, sind zu entwickeln. Die Stadt ist gefordert, ihren Informationsstand über das geförderte Engagementspektrum zu verbessern und mehr Transparenz über die Fördermaßnahmen herzustellen.

Eine weitere Öffnung städtischer Institutionen für Beteiligung und Mitgestaltung durch Bürgerinnen und Bürger ist gleichzeitig eine besonders wichtige Form der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. Bei der Förderung des freiwilligen Engagements steht die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips im Vordergrund. Außerdem müssen bürokratische Hemmnisse im Zuwendungsrecht und vor allem in der Zuwendungspraxis abgebaut werden. Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements sind vermehrt als Eigenanteil bei einer Fehlbedarfsfinanzierung zu berücksichtigen. Hierdurch wird mehr Flexibilität der Zuwendungsempfänger ermöglicht und gleichzeitig ihre Autonomie gestärkt.

Wie können diese Ziele erreicht werden?

Um die o. a. Ziele zu erreichen und in praktisches, politisches und verwaltungstechnisches Handeln umzusetzen, wurde auf der Konferenz zur Verabschiedung einer Münchner Charta/Leitlinie zum Bürgerschaftlichen Engagement am 11. Mai 2007 folgende Beschlussempfehlung an den Münchner Stadtrat verabschiedet:

Beschlussempfehlung an den Münchner Stadtrat

Ein neues Verständnis einer demokratischen Stadtgesellschaft in München entwickeln:

- Freiwilliges Engagement bedeutet Verantwortungsübernahme und Gemeinschaftsbildung der Bürgerinnen und Bürger.
- Die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung der Münchner Stadtgesellschaft ist gewünscht und wird gefördert.
- Direkte Formen der Bürgerbeteiligung wie Bürgerentscheide und Bürgergutachten sind zu etablieren bzw. weiter zu entwickeln.
- Die infrastrukturelle Engagementförderung ist weiter zu entwickeln. Konzepte und Handlungsstrategien sind zukunftsgerecht zu überarbeiten.
- Aktuelle etablierte Machtstrukturen müssen dabei hinterfragt und in Frage gestellt werden.
- Es ist Aufgabe der Politik, die demokratische Legitimiertheit im Bürgerschaftlichen Engagement sicher zu stellen.
- Das Prinzip der Subsidiarität muss dabei verantwortlich gehandhabt werden und durch finanzielle Mittelvergabe ermöglicht werden.

Bürgerengagement ist ein Standortfaktor für München:

- Um die gesellschaftliche Wertschöpfung der freiwilligen Tätigkeiten umfassend nutzen zu können, sind Investitionen in eine zukunftsorientierte Engagementförderung notwendig.
- Auf Seiten der Einrichtungen sollte eine Kooperation mit dem Freiwilligen System als Organisationsentwicklung anerkannt werden.
- Freiwilliges Engagement ist bei Bewerbungen in Wirtschaft, Verwaltung und bei Freien Trägern systematisch zu berücksichtigen.
- Veränderungen in der Erwerbsarbeit stellen neue Anforderungen an Unternehmen zur sozialen Mitgestaltung der BürgerInnenstadt München. Die Münchner Wirtschaft ist gefordert, sich für eine sozial stabile Stadt-Gesellschaft zu engagieren. Dazu müssen wirtschaftliche Produktivitätssteigerung und gesellschaftliche Wohlfahrtssteigerung wieder gekoppelt werden.
- Zur Förderung dieses Engagementbereichs ist es notwendig, eine zentrale Informations- und Beratungsstelle für die Wirtschaft zu Corporate Citizenship einzurichten. Ihre Aufgabe ist es, die Projektvermittlung zu koordinieren und die Durchführung von Kooperationen zu begleiten.
- Es ist anzustreben, dass zukünftig ein besonderer Schwerpunkt auf die Einbindung von Wirtschaftsunternehmen in kommunale Strategien zur Förderung des freiwilligen Engagements gelegt wird.

Engagementförderung bezieht alle Engagementbereiche und Altersgruppen ein:

- Es ist erforderlich, Organisations- und Förderstrukturen für Bürgerschaftliches Engagement unkompliziert und transparent zu gestalten, so dass ein leichter und motivierender Zugang zu freiwilligen Tätigkeiten für alle Münchner Bürgerinnen und Bürger möglich wird.
- Der derzeitigen Mittelschicht-Orientierung beim Bürgerschaftlichem Engagement sollte eine besonders intensive Förderung und Unterstützung beim Engagement von Menschen anderer Bevölkerungsschichten gegenüber gestellt werden.

Leitbild der sozialen Gerechtigkeit in der Stadt umsetzen:

- In Bereichen, in denen sich derzeit oder zukünftig absehbar besondere Problemlagen abzeichnen, ist es notwendig, Schwerpunkte in der Förderung des freiwilligen Engagements zu setzen.
- Besondere Herausforderungen bestehen derzeit in folgenden Bereichen:
Kluft zwischen Arm und Reich, Generationengerechtigkeit und demographischer Wandel, Integration unterschiedlichster Kulturen, Neuverteilung und Bewertung von Erwerbs- und Familienarbeit, die Konsolidierung des städtischen Haushalts.
- Der Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements in München muss als "Korrektur-Instanz" und "Frühwarnsystem" für Fehlentwicklungen anerkannt, respektiert und gewünscht werden.

Beteiligung praktizieren:

- Neues sollte "gedacht" und erprobt werden. Strategien der Ermöglichung für neue Bereiche und Ziele im freiwilligen Engagement sind zu schaffen.
- Bei der Förderung spezifischer Formen des Bürgerschaftlichen Engagements ist die Besonderheit des Einzelfalls zu berücksichtigen.
- Es ist anzustreben die Information über Tauschbörsen auszuweiten und deren Koordination zu fördern. Anerkennung und Unterstützung durch die Landeshauptstadt München muss erfolgen.
- Es sollten mehrere dezentrale Selbsthilfezentren eingerichtet werden.
- Im Bereich der interkulturellen Selbstorganisation sollte die Unterstützung, vor allem durch Angebote von Räumen und Infrastruktur, ausgeweitet werden.
- Den Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, sind Gestaltungsfreiheit und Verantwortung im Handeln zuzugestehen.

Netzwerke bilden und unterstützen:

- Bürgergesellschaftliche Ressourcen müssen aufeinander bezogen, koordiniert und effizient miteinander verknüpft werden. Zivilgesellschaftliche Foren sind effizient zu bündeln und bereichsübergreifend zu koordinieren. Grundlage hierfür ist ein breiter, wechselseitiger Informationsfluss über alle Ebenen.
- Auf Seiten aller Akteure ist eine Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit grundlegend: eine offene Haltung der professionellen Einrichtungen in Bezug auf die Mitarbeit freiwillig Engagierter sowie die Bereitschaft Ehrenamtlicher, sich bei Bedarf fortzubilden und sich in notwendige Alltagsstrukturen professioneller Arbeit einbinden zu lassen.
- Die Qualität der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern, die Interesse an freiwilligem Engagement haben, entscheidet über deren Tätigwerden. Deshalb sind transparente und übersichtliche Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen zu etablieren.
- Freiwilligen-Zentren dienen der Koordination und Sicherung bestehender Infrastrukturen und vertreten die Interessen aller Beteiligten anwaltschaftlich.
- Es ist anzustreben die Angebotsdichte an Information und Beratung zum Bürgerschaftlichen Engagement bedarfsgerecht zu erhöhen. Die bereits vorhandenen Informations- und Kontaktstellen müssen dabei vernetzt und ausgebaut werden. So sollte pro 100.000 Einwohner ein Zentrum zur Verfügung stehen und mit mindestens einer Vollzeitstelle ausgestattet sein. Die personelle Kontinuität ist sicher zu stellen.
- Hierzu ist ein integrierter Politikansatz zur ressortübergreifenden, vernetzten Förderung zu entwickeln.
- Es sollten neue städtische Förderrichtlinien sowie Bildungstage für alle Formen der Freiwilligendienste (FSJ, FÖJ, GFD, Internationales FSJ) entwickelt werden. Weiter müssen klare Regelungen für Einsätze im Rahmen des Generationenübergreifenden Freiwilligen Dienst erarbeitet werden (Erweiterung der gesetzlichen Regelung bzw. ministerieller Erlass zur Klärung des Freiwilligendienstes, kein Arbeitsverhältnis).

Ein kommunaler Beirat macht freiwilliges Engagement zum Thema und stößt Vernetzungen an:

- Notwendig ist die Einrichtung eines kommunalen Beirats bzw. einer beständigen "Kommission Bürgerschaftliches Engagement" für die Landeshauptstadt München unter Vorsitz der 2. Bürgermeisterin. Dieses Gremium sollte besetzt sein mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Stadtrat, aus den Referaten und aus den Bürgerorganisationen.
- Dieses Gremium hat zur Aufgabe, Entwicklungsprozesse im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements zu begleiten, Vernetzung anzustoßen und Clearingfunktionen zu übernehmen.
- Ziel ist es, eine aktuelle, übersichtliche Internetplattform mit Grundinformationen zum Bürgerschaftlichen Engagement zur Verfügung stehen, die kontinuierlich gepflegt wird.
- Erfolgreiche Information und Beratung der Münchner Bürgerinnen und Bürger zum freiwilligen Engagement erfordern Anstoß-Investitionen.

Rahmenbedingungen für das aktive Mitwirken der Münchner Bürgerinnen und Bürger verbessern:

- Wirksame Engagementförderung ist eine Querschnittsaufgabe, die geprägt ist von einer Kultur des kooperativen Handelns und Entscheidens.
- Freiwilliges Engagement ist gekennzeichnet durch starke Dynamiken und Fluktuationen. Dies erfordert eine darauf abgestimmte, eigenständige und flexible Form der Förderung.

- Ziel des Handelns darf nicht ausschließlich ein "Mehr" an freiwilligem Engagement in München sein. Es geht vielmehr auch darum, das Potential einer aktiven Bürgerstadt München durch eine veränderte Qualität in der Zusammenarbeit aller Akteure zu nutzen.
- Hierfür müssen u. a. geeignete, allgemein gültige, rechtliche Regelungsstrukturen für die Leistungserbringung nachhaltig und überprüfbar zur Verfügung gestellt werden.
- Im Sinne einer Ressourcen-Umverteilung sind beispielsweise bei jeder Vergabe von Fördermitteln mindestens 20 % für Bürgerschaftliches Engagement einzuplanen.
- Weiter ist ein gesamtstädtischer Fördertopf zur Unterstützung innovativer Projekte zur Verfügung zu stellen.
- Eine Anerkennungsstruktur zur nachhaltigen Wertschätzung, Motivation und zum öffentlichen Sichtbarmachen der freiwilligen Tätigkeiten muss etabliert sein.
- Es müssen verbindliche Regelungen beim Auslagenersatz im Rahmen der freiwilligen Tätigkeit festgelegt werden.
- Der Versicherungsschutz ehrenamtlich und freiwillig Tätiger muss verbindlich geregelt und kommuniziert sein.
- Es wird angestrebt bürokratische Hemmnisse im Zuwendungsrecht und in der Zuwendungspraxis massiv abzubauen.

Bildung:

- Es ist erforderlich dem jeweiligen Tätigkeitsfeld entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten anzubieten (vgl. Ausbildung Ehrenamtlicher im Hospizbereich oder zur Demenz-Begleitung).
- Bildungsangebote im Rahmen der freiwilligen Tätigkeit sollten auch die persönliche Entwicklung und die individuelle Wissenserweiterung der Engagierten fördern.
- MitarbeiterInnen der Stadt München und der Freien Träger sind im Bereich des professionellen Freiwilligenmanagements zu qualifizieren.
- Einrichtungen, die sich zunehmend für Kooperation und Zusammenarbeit mit Freiwilligen öffnen, sollten durch Organisationsberatung Unterstützung erhalten können.
- Förderprogramme zu Qualifizierung von Freiwilligen und Multiplikatoren sind erheblich auf- bzw. umzubauen.
- Es ist anzustreben die Forschung im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements auszuweiten und finanziell zu fördern.
- Informationsvermittlung über freiwilliges Bürgerschaftliches Engagement ist als Teil der schulischen und universitären Ausbildung zu etablieren.

Zusammengestellt und vorgelegt:

Margit Waterloo-Köhler

Norbert J. Huber

Andreas Görres

April 2007

Grundlagen:

Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement. 2004

Braun Joachim 2000: Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend zum Internationalen Jahr der Freiwilligen (IJF 2001). Köln, Leipzig

Deutscher Bundestag 2002: Bericht der Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements". Bürgerschaftliches Engagement; auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft". Drucksache 14/8900. Berlin

Forum Bürgerschaftliches Engagement München. 2000

Glück, Alois 2000: Verantwortung übernehmen. Stuttgart, München

Graffe F., Schmid-Urban P., Schröer H., Schwarz G., Speck B. 2004: Fit für die Zukunft. Kommunale Sozialpolitik im Wandel. München

Klein, Ansgar 2005: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Nr. 4 / 2005, Jg. 36, S. 4 - 19. Berlin

Klie Thomas, Roß Paul-Stefan 2005: "Wieviel Bürger darf's denn sein? - Bürgerschaftliches Engagement im Wohlfahrtsmix. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Nr. 4 / 2005, Jg. 36, S.20 - 43. Berlin

Röbke, Thomas 2005: Bürgerschaftliches Engagement und Stadtentwicklung. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Nr. 4 / 2005, Jg. 36, S.102 - 113. Berlin

Sozialpolitischer Diskurs München 2005: www.sozialpolitischer-diskurs-muenchen.de vom 04.07.2005

Sozialpolitischer Diskurs München 2005: Partizipation - Wir gestalten die soziale Stadt. Workshop zur Erarbeitung einer Münchner Charta zur BürgerInnenngesellschaft am 20.07.2005